

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Jörg Baumann

Abg. Michael Hofmann

Abg. Karl Straub

Abg. Gülseren Demirel

Abg. Florian Köhler

Abg. Felix Locke

Abg. Horst Arnold

Staatssekretär Sandro Kirchner

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 18** auf:

Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler u. a. und Fraktion (AfD)

"Olaf Scholz begleitet die Einbürgerung einer türkischen Staatsbürgerin ohne Deutschkenntnisse in Nürnberg - Information der Staatsregierung"
(Drs. 19/5083)

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Der erste Redner ist der Kollege Jörg Baumann für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Jörg Baumann (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen! Deutscher zu sein, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erhalten, muss eine Ehre sein. Die deutsche Staatsbürgerschaft muss wieder ein erstrebenswertes Ziel sein und darf keine Ramschware sein. Die Ampel hat aus der Einbürgerung einen billigen Automatismus gemacht. Ich möchte an einem Beispiel erklären, wie die deutsche Staatsbürgerschaft bedeutungslos gemacht wurde.

Was ist geschehen? – Am 17. Februar 2025 wurde in Nürnberg eine 93-jährige Frau türkischer Herkunft im Beisein von Bundeskanzler Olaf Scholz eingebürgert. Ein auf TikTok veröffentlichtes Video zeigt diesen Moment: Während der Zeremonie sprach die Frau kein Wort Deutsch und benötigte die Übersetzung eines anwesenden Rechtsanwalts, um die Worte des Kanzlers zu verstehen. Der Rechtsanwalt erklärte zudem, die Dame werde für die SPD stimmen. Dieser Vorfall vor der letzten Bundestagswahl lässt wichtige Fragen offen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sie konnte kein Deutsch?)

Wie kann jemand ohne Deutschkenntnisse die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten?

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Wer die Gesetze liest, ist klar im Vorteil!)

Welche Rolle spielt der ehemalige Bundeskanzler in diesem Vorgang? Laut dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gibt es Ausnahmen für Sprachtests, etwa für die Gastarbeitergeneration, die bis 1974 nach Deutschland kam. Diese Regelung, die seit dem Juni 2024 in Kraft ist, soll die damalige – ich zitiere – "mangelnde Integrationsförderung" ausgleichen. Integration ist aber eine Bringschuld, und die deutsche Staatsbürgerschaft ist kein Geschenk für jedermann.

(Beifall bei der AfD)

Wer es in mehr als 50 Jahren des Aufenthalts in Deutschland nicht schafft, ein einziges Wort Deutsch zu lernen,

(Arif Taşdelen (SPD): Das können Sie gar nicht wissen!)

hat die Einbürgerung nicht verdient.

Doch der konkrete Fall bleibt unklar. Die Staatsregierung erklärte, keine Details zu kennen, da der Name der Frau nicht bekannt sei. Wir haben diesen Skandal im Verfassungsausschuss am 13. März 2025 scharf kritisiert. Eine Einbürgerung ohne den Nachweis von Deutschkenntnissen ist ein Schlag ins Gesicht für jeden, der Integration ernst nimmt. Wir sehen hier einen klaren Missbrauch von Ausnahmeregelungen. Das Video auf TikTok war Wahlwerbung für die SPD. Wir fragen die Staatsregierung offen: Wie viele Einbürgerungen fanden ohne Sprachtests statt? Wurden Verfahren vor der Wahl vielleicht beschleunigt? Warum war Olaf Scholz dabei?

Die Gastarbeiterregelung ist ein Einfallstor für Willkür. Sie ist schlecht kontrolliert und viel zu weit gefasst. Die deutsche Sprache ist das Fundament unserer Identität. Ihre Beherrschung ist nicht verhandelbar. Der Ausschuss lehnte unseren Antrag ab und behauptete, alles sei geklärt. Doch die Wahrheit ist: Trotz immer mehr Integrationsmaßnahmen wird Integration immer schlechter. Mittlerweile stehen hier geborene Deutsche mit Migrationshintergrund vor Gericht und brauchen einen Dolmetscher, weil

sie keinen Brocken ihrer deutschen Muttersprache können. Schluss mit der laxen Handhabung von Ausnahmen! Die Gastarbeiterregelung und andere Schlupflöcher müssen endlich dichtgemacht werden. Alter allein darf nicht reichen. Volle Transparenz! Jede Ausnahme muss dokumentiert und jährlich öffentlich per Statistik mitgeteilt werden. Nur so decken wir Missbrauch auf und stellen das Vertrauen der Bürger wieder her.

Stopp der Wahlmanipulation! Einbürgerungen dürfen nicht für Wahlkampfzwecke missbraucht werden. Wir fordern strikte Regelungen gegen solche Verknüpfungen und eine Untersuchung, ob 2025 Verfahren beschleunigt wurden. Bayern muss hier Vorreiter sein. Strenge Prüfstandards, etwa durch Gutachten, sind zur Pflicht zu machen. Die deutsche Sprache ist ein wichtiger Teil unserer Identität. Sie zu sprechen, ist kein Luxus, sondern eine Grundvoraussetzung, um Teil unserer Gemeinschaft zu sein. Einbürgerung bedeutet Anpassung, keine Wählerbeschaffung auf TikTok. Kein Deutsch, keine Einbürgerung.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Hofmann von der CSU-Fraktion vor.

Michael Hofmann (CSU): Herr Kollege Baumann, Sie haben behauptet, dass am 17. Februar 2025 eine Einbürgerung im Beisein des Bundeskanzlers stattgefunden hat. Das war Ihnen so wichtig, dass Sie das zum Thema eines Antrags gemacht haben. Mich würde jetzt Folgendes interessieren: Woher wissen Sie, dass es am 17. Februar 2025 eine Einbürgerung im Beisein des damaligen Bundeskanzlers gegeben hat? Inwieweit haben Sie versucht, die Informationen, von wem Sie diese auch immer erhalten haben, zu verifizieren?

Jörg Baumann (AfD): Das ist ganz einfach. Das wurden veröffentlicht, selber auf TikTok hochgeladen, und daher ist es jedem öffentlich zugänglich.

(Michael Hofmann (CSU): Auf TikTok! – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Auf TikTok! – Gülseren Demirel (GRÜNE): Der Landtag beschäftigt sich mit TikTok! – Michael Hofmann (CSU): Der Bundeskanzler hat gesagt, dass sie eingebürgert wurde?)

– Richtig.

(Michael Hofmann (CSU): Der Bundeskanzler hat das gesagt?)

– Nein, er war zugegen, er hat gratuliert.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich bitte, keinen Dialog zu führen.

(Michael Hofmann (CSU): Woher wissen Sie, dass es eine Einbürgerung war?
Das war die Frage!)

Herr Kollege Hofmann!

Jörg Baumann (AfD): – Weil es Thema dieses Videos war. Das ist doch ganz einfach.

(Beifall bei der AfD – Unruhe)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist Herr Kollege Karl Straub von der CSU-Fraktion.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Besucherinnen und Besucher! Ich habe neun Minuten Redezeit. Ich kann sie beruhigen, die werde ich bei Weitem nicht brauchen. Lassen sie mich einmal feststellen, womit die AfD das Plenum beschäftigt: Es ist eine 93-jährige Frau, welche die AfD in Angst und Schrecken versetzt, welche die AfD dazu bringt, die Integration in ganz Deutschland infrage zu stellen. Im Ausschuss für Verfassung und Recht wurde sehr deutlich Stellung genommen.

Warum Herr Bundeskanzler Scholz bei dieser Einbürgerung – es war keine Einbürgerung, sondern es wurde wohl die Urkunde übergeben – dabei war, müssen Sie

tatsächlich Herrn Scholz selber fragen. Ich habe dazu keinerlei Kenntnisse, und ich weiß auch, dass die Staatsregierung dazu keinerlei Kenntnisse hat; aber ich finde, das ist ein unglaublicher Vorgang, dass sich die Vollversammlung des Parlaments – wir haben sehr viele Dinge, die wir für unser Land zu besprechen haben – mit einer 93-jährigen Frau beschäftigt, die bei der AfD offenbar Angstzustände auslöst.

Mehr habe ich zu dem Thema nicht zu sagen. Ich darf heute noch zweimal zu den nächsten Anträgen der AfD sprechen; aber die werden nicht besser.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wenn Sie bitte noch am Rednerpult bleiben. Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Jörg Baumann von der AfD-Fraktion vor. Herr Köhler hat sich auch noch gemeldet, aber Herr Kollege Baumann hat sich zuvor gemeldet. Herr Baumann, bitte.

Jörg Baumann (AfD): Herr Straub, ich habe eigentlich nur eine Frage, die Sie mir vielleicht beantworten können: Herr Hofmann von Ihrer Fraktion hat nämlich gefragt, woher ich die Information habe, dass es eine Einbürgerung war. Ich denke, das war keine.

(Unruhe)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Angesprochen ist der Kollege Straub. Bitte.

Karl Straub (CSU): Wir beschäftigen uns mit einem TikTok-Video, das über die AfD-Kanäle bespielt wurde. Ich habe keinerlei Kenntnisse über die Einbürgerung. Ich kenne nicht einmal den Namen dieser 93-jährigen Frau. Im Unterschied zu Ihnen versetzt mich diese Frau aber auch nicht in Angst und Schrecken. Ich habe dieses Video selber gesehen. Das scheint mir eine sehr nette ältere Dame gewesen zu sein. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Frau Kollegin Demirel für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bitte.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Verehrtes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Das ist ein Antrag, mit dem wir uns schon im März im Verfassungsausschuss beschäftigt haben. Deshalb verstehe ich nicht, warum wir ihn wieder hier in der Vollversammlung haben. Damals im Ausschuss haben wir gesagt: Es gibt keinen Namen dieser Frau. Wir wissen nicht, wann die Einbürgerung stattgefunden hat. Es ist ein absolut anonymer Fall. Das Einzige, was wir wissen, ist, dass die AfD das als TikTok-Video gesehen hat.

Aber sei's drum. Trotzdem kläre ich Sie auf: Zum einen haben Sie als Abgeordnete die Möglichkeit, die Einbürgerungsbehörde in Nürnberg anzuschreiben und nachzufragen. Wenn es Sie so intensiv interessiert, was vorgefallen ist, wäre das eine Möglichkeit, die jeder Abgeordnete hat, anstatt hier über 200 Abgeordnete damit zu beschäftigen.

Zum anderen gibt es bei der Einbürgerung ganz klare Regeln, damit nicht dieser Mythos, mit dem sie immer wieder gerne arbeiten, entsteht, dass Einbürgerungen ohne eine Grundlage vergeben werden. Fakt ist: Für eine Einbürgerung muss man in der Lage sein, seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Man darf keinen Cent vom Staat erhalten. Diese 93-jährige Frau muss eine ausreichende Rente gehabt haben, wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit bekommen hat. Zu einer Einbürgerung muss man auch einen Deutschtest absolvieren.

(Widerspruch bei der AfD)

Zuhören bildet. Vielleicht lernen Sie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Zulassung zur Einbürgerung, wenn man sich in Deutsch nicht schriftlich verständigen kann, gilt nur für die erste Generation. Mein Vater ist vor 50 Jahren eingewandert. Damals hat es keine Integrationsmaßnahmen gegeben. Was man damals erwartet

hat, war, dass diese Menschen in den Fabriken, denen sie zugeteilt wurden, fleißig arbeiten. Die Angehörigen dieser Generation, die damals nicht die Chance bekommen hat, Sprachkurse zu besuchen, hatten das Privileg, ohne einen schriftlichen Test die deutsche Staatsangehörigkeit zu bekommen, wenn sie ausreichend Rente hatten, sich selbst versorgen und sich sprachlich verständigen konnten. Sie mussten sich nicht schriftlich, aber sprachlich verständigen können. Diese Gruppe war eine Ausnahme. Ansonsten gelten alle genannten Regeln bei der Einbürgerung.

Und noch eine Information für die AfD-Fraktion: Ein Einbürgerungsprozess ist sehr lang. Wir erhalten zig Petitionen, in denen die Leute berichten, sie würden schon seit zwei Jahren auf die Einbürgerung warten. Anzunehmen, dass ein Olaf Scholz eine Einbürgerung so planen könnte, dass er dafür einen Termin für seine Teilnahme im Vorfeld festlegen könnte, zeigt: Sie sind einfach paranoid.

(Widerspruch bei der AfD)

Mehr kann ich dazu nicht sagen. Es ist wirklich keine Glanzleistung, hier über einen anonymen Fall zu diskutieren und in Verschwörungstheorien zu verfallen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte am Rednerpult. Herr Kollege Köhler von der AfD-Fraktion hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Florian Köhler (AfD): Es ist erschreckend, wie uninformiert einige Fraktionen hier im Haus sind. Man müsste nur einmal diese Schlagzeile googeln, und dann kommen verschiedenste Medienberichte, unter anderem von den Tageszeitungen "Die Welt", "Bild" usw. Ein Hirngespinnst, wie Sie es darstellen, ist das nicht. Ich zitiere einmal einen Bericht:

"Kurz vor der Wahl taucht ein Video des Bundeskanzlers Scholz auf, in dem er einer 93-jährigen Dame zur Einbürgerung gratuliert. Das Problem: Offenbar kann

die aus der Türkei stammende Frau kein Wort Deutsch. Ein Mann muss ihr das Gesagte übersetzen."

Das führt dann zur Frage: Wie konnte diese Frau überhaupt die deutsche Staatsbürgerschaft erlangen, wenn sie nicht Deutsch kann, auch wenn sie in dieser Gastarbeitergeneration in das Land gekommen ist?

Integration oder Assimilation ist eine Bringschuld. Es ist eine Bringschuld des Gastes, die deutsche Sprache zu lernen. Das kann man von jedem erwarten.

(Beifall bei der AfD)

Vor diesem Hintergrund möchte ich von Ihnen wissen: Wenn es ein Privileg ist, die Staatsbürgerschaft zu bekommen, nur weil jemand früh genug im Land war, was muss man Ihrer Meinung nach wirklich für Qualifikationen mitbringen, um die deutsche Staatsbürgerschaft zu bekommen?

Gülseren Demirel (GRÜNE): Ich habe Ihnen die Qualifikationen für eine Einbürgerung ausführlich erläutert. Wenn Sie über diesen Fall so gut informiert sind, dann schreiben Sie diese Informationen auf und senden Sie sie an das Innenministerium. Das Innenministerium wird dann mit der Einbürgerungsbehörde in Nürnberg Kontakt aufnehmen und Aufklärungsarbeit leisten.

Das ist aber nicht bekannt. Sie konnten uns im Ausschuss nicht einmal erläutern, was das für ein Fall sein soll. Ich habe den Eindruck, dass Sie die Begriffe, die Sie aneinandergereiht haben, nicht kennen. Sie sprechen von "Integration" und im gleichen Atemzug von "Assimilation". Das sind zwei absolut unterschiedliche Begriffe. Sie sollten sich einmal entscheiden, wofür Sie sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER spricht jetzt Herr Kollege Felix Locke.

Felix Locke (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es gibt Anträge, die das Parlament bereichern. Es gibt Anträge von Oppositionsparteien, die zum Nachdenken anregen. Und es gibt Anträge wie diesen, die wahrlich keine Glanzstunde dieses Hohen Hauses sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte das auch begründen. Gleichzeitig möchte ich zur Sachlichkeit zurückkommen. Liebe Kolleginnen und Kollegen der AfD, was Sie hier machen, grenzt an bodenlose Dreistigkeit. Sie haben das Recht, Anträge zu stellen. Das ist auch Ihre Aufgabe als Opposition. Sie haben auch das Recht, Berichtsanträge zu stellen. Das ist eine wichtige Aufgabe der Legislative, um die Exekutive zu überwachen.

Der Rechts- und Verfassungsausschuss hat sich die Mühe gemacht, sich mit Ihrem Antrag auseinanderzusetzen. Vom Ministerium kam dazu ein Vertreter, der Ihre Fragen im Detail beantwortet hat. Herr Maier, Sie haben sogar noch zu Protokoll gegeben, dass ein Großteil Ihrer Fragen damit beantwortet worden sei. Jetzt stellen Sie sich hierher und tun so, als fielen Sie aus allen Wolken. Sie tun so, als ob die Einbürgerung dieser Dame Ihren Glauben an die Rechtsstaatlichkeit und unser demokratisches Miteinander gefährdet hätte. Ich stelle mir die Frage: Geht es Ihnen wirklich um demokratische Teilhabe? Wollen Sie Teil dieses Parlaments sein und ernst genommen werden? Oder wollen Sie hier nur stänkern und Videos für die besagte TikTok-Plattform produzieren?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN und der SPD)

Das ärgert, das ist unehrlich, und das ist nicht vernünftig. Man kann sich über die Thematik der Einbürgerung auseinandersetzen. Man kann kritische Fragen stellen. Diese kritischen Fragen wurden auch beantwortet. Zu dem besagten Fall wurde vom Innenministerium klargestellt, dass es Konstellationen gibt, bei denen eine Dame höheren Alters, die nicht gut Deutsch spricht, eingebürgert werden kann. Das ist die Rechtslage, basta. Wir gehen aber nicht auf irgendwelche Tatbestände und irgendwel-

che Sachverhalte ein, weil es ein Video von irgendeiner Dame gibt, deren Namen wir nicht kennen, um sie an den Pranger zu stellen. Sie wollen hier skandalisieren und zum Ausdruck bringen, dass Deutschland eine Bananenrepublik sei. Das ist nicht der Fall. Wir leben in einem Rechtsstaat. Akzeptieren Sie das, auch wenn Sie andere Rechtsformen wollen. Wir Demokraten halten zusammen. Das hier ist Verschwendung von Lebenszeit. Sie lernen nicht dazu. Der Antrag ist abzulehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Horst Arnold.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Dieser Antrag ist ein Beweis dafür, wie man es nicht machen soll. Wir fordern richtigerweise, den jungen Menschen schon in der Schule Medienkompetenz beizubringen, weil man mit den Quellen im Internet sorgsam umgehen muss. Sie bemühen eine Quelle von TikTok und nehmen sich dann die Freiheit heraus, eine Zeitschrift, die ungefiltert aus dieser Quelle zitiert, als Beweis anzuführen, dass sich ein Sachverhalt so zugetragen hat, wie es auf TikTok dargestellt wird. Allen Respekt. Sie haben hier erheblichen Nachholbedarf. Oder Sie wollen sich die Welt so aufbauen, wie Sie sie sich wünschen. Ich kann nur sagen: So wird das nichts. Gott sei Dank wird das so nichts.

Was tun Sie hier eigentlich mit einer 93-jährigen Mitbürgerin; denn sie ist jetzt eine Mitbürgerin. Haben Sie nichts Besseres zu tun, als Greise zum Anlass zu nehmen, um unsere Gesellschaft zu spalten? Wissen Sie, welche Rolle Deutschkenntnisse spielen, wenn man 93 Jahre alt ist? Sie haben im Zusammenhang mit dem Beisein eines Rechtsanwalts kolportiert, dass diese Dame kein Wort Deutsch spräche. Was sind denn das für Behauptungen? Auch wenn ich die Dame nicht kenne, kann ich Ihnen versichern, dass sie ein paar Worte Deutsch sprechen wird. Diese Frau ist 93 Jahre alt und als Ehefrau eines Gastarbeiters hierhergekommen. Da bricht uns kein Zacken aus der Krone, dieser Frau die deutsche Staatsbürgerschaft zu verleihen. Wir tun

das nicht wegen einer Auskunft des BAMF, sondern weil das Gesetzeslage ist. Diese Gesetzeslage wurde mehrheitlich von einem Parlament beschlossen.

Ob sich an dieser Gesetzeslage etwas ändert, werden wir sehen. Wenn Sie weiterhin eine 93-jährige Mitbürgerin ausgrenzen, zeigt das ganz deutlich, dass es Ihnen um Spaltung geht, dass Ihnen der Respekt vor dem Alter und vor der Lebensleistung fehlt und dass es Ihnen nur darum geht, eine türkische Frau stumm zu machen. Pfui Teufel!

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die Staatsregierung hat Herr Staatssekretär Sandro Kirchner ums Wort gebeten.

Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht ist es doch notwendig, dass ich mich noch einmal hierherstelle. Herr Baumann und die AfD haben mit diesem Antrag behauptet, dass am 17. Februar 2025 eine Türkin in Nürnberg bei einer Einbürgerungsveranstaltung von Bundeskanzler Olaf Scholz eingebürgert worden sei. Ich kann Ihnen vonseiten des Innenministeriums sagen, an diesem Tag, dem 17. Februar 2025, gab es keine Einbürgerungsveranstaltung mit dem Bundeskanzler in Nürnberg.

(Michael Hofmann (CSU): Hört, hört! – Florian Köhler (AfD): Aber davor, oder?)

Insofern behaupten Herr Baumann und die AfD hier etwas Falsches.

Herr Hofmann hat Herrn Baumann gefragt, auf welche Quelle er sich berufe. Wir mussten die Antwort zur Kenntnis nehmen, dass die Quelle TikTok sei und es für dieses TikTok-Video keinen validen Beweis gebe. Ich stelle fest: Das ist offensichtlich die Methode, mit der die AfD versucht, Menschen hinters Licht zu führen. Sie verwendet Quellen wie TikTok und beruft sich auf Fake-Informationen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der AfD)

Da nützt es auch nichts, dass Sie hier Laptops hochheben und Artikel aufzeigen. Sie machen sich deren Inhalt zu eigen, können aber nicht belegen, dass am 17. Februar 2025 in Nürnberg eine Veranstaltung stattgefunden hätte. Oder wissen Sie das? – Sie wissen das nicht.

(Zurufe von der AfD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Ein altes Sprichwort lautet: Getroffene Hunde bellen. – Sie haben sich außerdem hierhergestellt und behauptet, die Bayerische Staatsregierung würde irgendwelche Regelungen vereinfachen, um die Einbürgerung zu begünstigen und zu forcieren. Ich sage Ihnen: Die Bayerische Staatsregierung und die zuständigen Behörden in Bayern halten sich an geltendes Recht und Gesetz. Sie tun nichts anderes als das, was die Rechtsprechung und die entsprechenden Verfahren erfordern.

Für den Freistaat Bayern und die Bayerische Staatsregierung steht fest, dass Deutschkenntnisse eine solide und essenzielle Voraussetzung für die Integration und für die Einbürgerung darstellen. Wir legen deshalb sehr großen Wert darauf, dass diese Qualifikation korrekt nachgewiesen wird.

Frau Demirel, Sie haben in Ihrer Rede aufgezeigt, dass es auf der Grundlage des geltenden Rechtes, das die alte Regierung, die Ampel-Regierung, auf den Weg gebracht hat, Erleichterungen gegeben hat. Sie haben die Ausnahmefälle hervorgehoben, insbesondere was Gastarbeiterfamilien betrifft. Auch das ist geltendes Recht und Gesetz. Die Bayerische Staatsregierung hat im Rahmen ihrer Möglichkeiten im Bundesrat darauf hingewiesen, dass wir das nicht gutheißen. Wir haben uns auch im Bundesrat vehement gegen eine sogenannte Turboeinbürgerung ausgesprochen. Allerdings muss sich der Freistaat Bayern auch hier an geltendes Recht und Gesetz halten. Auch die Hinnahme von Mehrstaatlichkeit oder die Verkürzung der Wartezeit liegen nicht in unserem Interesse. Deswegen sind wir froh, dass die neue Bundesregierung mit ihrem Koalitionsvertrag die geltenden Regelungen neu gestalten und anpassen möchte.

Aber noch einmal: Alles, was hier betont wird, ist im Rahmen des geltenden Rechts. Deswegen will ich heute hier schon noch einmal betonen, dass Sie bitte aufpassen müssen, dass Sie sich in diesem Hohen Haus eben nicht Dinge aneignen, die nicht verifiziert sind und die eben keine Grundlage haben, die für Sie valide und für das Haus in der Meinungsbildung von Bedeutung ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Es kommt eine Zwischenbemerkung vom Kollegen Köhler von der AfD-Fraktion.

Florian Köhler (AfD): Herr Kirchner, Sie haben es in Ihrem Wortbeitrag so dargestellt, als hätten wir das mehr oder weniger erfunden. Sie haben bezweifelt – zumindest habe ich es so verstanden –, dass am 17.02. eine Einbürgerung einer türkischen Staatsbürgerin ohne Deutschkenntnisse in Nürnberg stattfand. Okay. Aber jetzt möchte ich von Ihnen wissen: Wenn nicht am 17.02.2025, wann ist diese Frau denn dann eingebürgert worden? Das müssten Sie als Teil der Staatsregierung ja wissen.

(Widerspruch bei der CSU – Michael Hofmann (CSU): Ihr wisst ja nicht einmal, wer es ist! Es wird ja immer lächerlicher!)

Staatssekretär Sandro Kirchner (Inneres, Sport und Integration): Sehr geehrter Herr Köhler, vielen Dank für die Nachfrage an der Stelle. Sie demaskieren die AfD und Ihre Methode an der Stelle immer mehr. Herr Baumann beruft sich auf ein Video einer Einbürgerungsveranstaltung, die am 17. Februar angeblich in Nürnberg stattgefunden hat. Ich kann Ihnen sagen, dass keine Veranstaltung mit dem Bundeskanzler Olaf Scholz stattgefunden hat.

(Florian Köhler (AfD): Wann hat sie denn dann stattgefunden?)

Das Zweite ist: Sie sind momentan nicht in der Lage, dieses Video, das Sie als Quelle und Beweis heranziehen wollen, auch mit Daten zu schmücken, um an der

Stelle überhaupt aufzuzeigen, welche Frau denn angeblich eingebürgert worden ist. Kommen Sie doch bitte auf mich zu, wenn Sie den Namen und die Person wissen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian Köhler (AfD))

Dann kann ich Ihnen, sofern es der Datenschutz an der Stelle erlaubt, vielleicht auch die Auskunft geben, wann diese Person eingebürgert worden ist. Aber Sie versuchen – das muss ich Ihnen schon sagen –, die Leute massiv hinters Licht zu führen. Da werde ich helfen, dass das nicht passiert.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Bevor ich zur Abstimmung komme, möchte ich die Frau Kollegin Demirel noch darauf hinweisen, dass wir uns die Verwendung des Begriffs "paranoid" Richtung AfD-Fraktion noch einmal anschauen werden.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Können Sie machen!)

Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER und CSU. Damit ist der Antrag abgelehnt.